

Ewald Frie:

Warum rief nur die KPD am 30.1.1933 zum Generalstreik auf?

In seinem Festvortrag anlässlich des 80. Jubiläums des Mössinger Generalstreiks am 31. Januar 2013 erklärt der Tübinger Historiker Ewald Frie, warum die KPD am 30. Januar 1933 beim Aufruf zum Generalstreik gegen die neue Regierung Hitler allein blieb.

[...] „Machtergreifung“ sagten die Nationalsozialisten, und der Begriff hat sich durchgesetzt, ebenso wie das Bild der SA, die mit Fackeln durchs Brandenburger Tor zog. Faktisch wurde Macht übertragen. Nicht Hitler war am 30. Januar der entscheidende Akteur, sondern Reichspräsident Hindenburg und seine Entourage¹. Sie wollten es nach den gescheiterten Versuchen mit dem Aristokraten von Papen und dem sozialen General von Schleicher nun mit Hitler als Reichskanzler versuchen. Seine Niederlage bei den Novemberreichstagswahlen 1932, so glaubten sie, habe ihn zahm oder doch mindestens zähmbar gemacht. Kaum ein politischer Beobachter in Berlin rechnete am Abend des 30. Januar damit, dass die Nationalsozialisten das Gesetz des Handelns so schnell und so brutal an sich reißen würden. Nachdem trotz mehrerer Neuwahlen im Reichstag seit Jahren keine aktionsfähige Mehrheit mehr zustandegekommen, nachdem die politische Gewalt auf den Straßen explodiert war, immer wieder angefacht von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP und KPD, schien sich die konservative Führungsclique erneut durchwursteln zu wollen.

Ende Januar 1933 fürchteten SPD und Zentrum — das waren die einzigen Parteien, die noch auf dem Boden der Weimarer Verfassung standen, bei den letzten Reichstagswahlen November 1932 zusammen aber nicht einmal ein Drittel der Stimmen erhalten hatten — vor allem einen Militärputsch und den Untergang der demokratischen Republik. Die situative Dynamik und die menschenverachtende Brutalität der NS-Bewegung haben sie völlig unterschätzt, wie im Übrigen auch viele ausländische Beobachter. Die KPD hatte nie auf dem Boden der Weimarer Verfassung gestanden. Sie gab sich, was die Brutalität der Nationalsozialisten anging, weniger Illusionen hin. Für sie und ihre Anhänger handelte es sich bei der Machtübertragung an Hitler nicht um eine neue Volte des nichtparlamentarischen Regierens, sondern um eine existenzielle Gefahr, weil die andere Bürgerkriegspartei Teil der Regierungsmaschinerie geworden war. Die KPD rief daher zum Generalstreik auf und forderte die Mitglieder von SPD und Gewerkschaften auf, sich anzuschließen.

Sowohl in der SPD als auch bei den Gewerkschaften gab es heftige Diskussionen über die Frage des Generalstreiks. Am Ende setzten sich diejenigen durch, die den Generalstreik ablehnten, und zwar aus folgenden vier Gründen:

1. Legalitätsvertrauen: "Wenn Hitler sich zunächst auf dem Boden der Legalität hält, und mag das hundertmal Heuchelei sein", sagte der Parteivorsitzende Breitscheid auf einer Sitzung des SPD-Parteiausschusses, "wäre es falsch, wenn wir ihm den Anlass geben, ihn von dem Boden des Rechts zu entfernen ... Wenn Hitler den Weg der Verfassung beschreitet, steht er an der Spitze einer Rechtsregierung, die wir bekämpfen können und müssen, mehr noch als die früheren, aber es ist dann eben

¹ Entourage = Gefolge

eine verfassungsmäßige Rechtsregierung." "Bereit sein ist alles" lautete nach Breitscheid die Devise. "Wir müssen alles tun, um im Einzelnen gerüstet zu sein für den Moment, wo Hitler von der Demokratie abweicht."

2. Fehlende Erfolgsaussichten: Bei 6,5 Mio. Arbeitslosen erschien vor allem den Gewerkschaften ein Generalstreik wenig aussichtsreich. Wer würde seinen Arbeitsplatz riskieren? "Dass die deutsche Arbeiterschaft ... sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde", schrieb die Gewerkschafts-Zeitung, sei "menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden."

3. Angst vor dem Bürgerkrieg: Der Kapp-Putsch 1920 mit den anschließenden Ruhr-Unruhen und mitteldeutschen Kämpfen war das Schreckbild der gemäßigten Linken. Diesmal würde auf der Gegenseite eine gut organisierte SA stehen, und die Auseinandersetzungen würden großflächiger sein. SPD- und Gewerkschaftsführung fürchteten einen Bürgerkrieg, den sie nicht gewinnen zu können glaubten.

4. Fehlende Vertrauensbasis für eine Zusammenarbeit mit der KPD: Die KPD hatte im Herbst und Winter 1932/33 hindurch keine Gelegenheit ausgelassen, die SPD als "Sozialfaschisten" zu titulieren und den Graben zwischen den beiden Arbeiterparteien immer weiter aufzureißen. Teile der SPD-Führung hielten den Generalstreikaufruf für ein weiteres Manöver der KPD, die SPD und die Gewerkschaften zu delegitimieren. Das Flugblatt, mit dem die KPD in Württemberg zum Massenstreik aufrief, begann mit den Worten: "Der Reichspräsident Hindenburg, der Präsidentschaftskandidat der SPD-, Reichsbanner- und Gewerkschaftsführer, hat seinen 'Gegner' Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt." Zum Streik und zur Aktionseinheit wurden nur die Arbeiter und die unteren Partei- und Gewerkschaftsorganisationen aufgerufen, nicht die Partei- und Gewerkschaftsführung. Wirkliche Kooperationsbereitschaft sah anders aus.

(Der gesamte Festvortrag ist nachzulesen auf: <http://www.moessingen.de/177>
(Letzter Zugriff: 30.5.2013))